



Schweizer Split

Die Zeit/ Schweizer Split
8002 Zürich
056 206 66 08
www.zeit.de

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 19'500
Erscheinungsweise: wöchentlich



Seite: 2
Fläche: 36'914 mm²

Auftrag: 3007101
Themen-Nr.: 999.222

Referenz: 67017596
Ausschnitt Seite: 1/1

Die Post bringt's. Nur, was eigentlich?

Die Männer im Gemeinderat von Chur sind außer sich. »Kleinräumliche« sei der Entscheid, meint einer, getrieben von »reinem Renditedenken«. Einfach die Poststelle schließen, und das nicht in einem abgelegenen Seitental, von denen es hier in Graubünden einige gibt, sondern im Hauptort des Kantons.

Man solle, schlägt schließlich jener vor, der das Traktandum am vergangenen Donnerstag aufbrachte, man solle als Strafe den Ort umbenennen, an dem die Hauptpost steht: von Post- in Schelmenplatz. »Ein Unternehmen, welches dermaßen Leistungen abbaut, hat es nicht verdient, dass der grösste und bekannteste Platz in der Stadt nach ihm benannt bleibt.«

Wieder einmal schließt die schweizerische Post eine ihrer Filialen, und wieder einmal verärgert sie damit die Leute.

Wieder einmal fluchen Politiker über die da oben in Bern, die bei der Post, einem der größten Arbeitgeber des Landes, das Sagen haben und die mit ihr und ihren Poststellen, Briefkästen oder Postautolinien anscheinend tun und lassen können, was sie wollen.

Und wieder einmal unterstützen die Medien die erzürnten Politiker: »Es wäre längst an der Zeit«, kommentiert die *Stadtschweiz*, »dass der Bund als Eigner die Post in die Schranken weist.«

Aber keiner fragt, weder im Rat noch in der Redaktion, wozu die Post heute da ist – und womit sie der Schweiz dienen soll.

Es ist bald 20 Jahre her, dass die Eidgenossenschaft die PTT in die unternehmerische Unabhängigkeit entließ. Am 1. Januar 1998 wurden aus dem Staatsbetrieb PTT die Swisscom, die später an die Börse geht, und die schweizerische Post. Zuerst ist sie eine öffentlich-rechtliche Anstalt, seit vier Jahren eine Aktiengesellschaft – und ihre Geschichte ist eine Erfolgsgeschichte.

5,5 Milliarden Franken Umsatz machte die Post 1998, im vergangenen Jahr waren es 8,2 Milliarden. Würden die Brief- und Paketdienste in der alten PTT stets mit den Überschüssen aus dem Telefongeschäft quer finanziert, zahlt die Post heute dem Bund, ihrem einzigen Aktionär, jährlich 200 Millionen Franken als Dividende aus. Agierte die PTT in einem durch und durch staatlich regulierten Umfeld, erwirtschaftet die Post heute 90 Prozent ihres Gewinns im freien Markt. Und während die Monopolistin mit ihren Kunden umspringen konnte, wie sie wollte, ist das Unternehmen heute ein innovativer Dienstleistungsbetrieb, der E-Voting-Plattformen baut, elektronische Patientendossiers organisiert, Drohnen steuert und Paketroboter durch die Straßen rollen lässt.

Trotzdem steht die Post vor einer ungewissen Zukunft. Nicht weil ihre operativen Chefs und Chefs nicht wüssten, was sie tun

würden, wenn man sie denn ließe. (Wachsen, wachsen, wachsen!) Es sind der technologische Wandel und die schrumpfenden Margen, die sie beschäftigen; der Versand eines elektronischen Briefes bringt noch ein Drittel des Ertrags, sagte der Finanzchef der Post kürzlich gegenüber der *Neuen Zürcher Zeitung*. Und es sind die Post-Aufscher, es ist die Politik, die den Mischkonzern im Ungewissen lassen, wozu man ihn eigentlich noch braucht – außer für die Millionen, die er in die Kassen spült. Das ist kein Zufall. Eigentlich herrscht im Par-

ner ehemaligen Telekom-Firmen. Und die Post besitzt weiterhin das Monopol auf alle Briefe bis 50 Gramm. Gleichzeitig darf ihre Banktochter Postfinance keine Kredite, also auch keine Hypotheken ausgeben – deshalb weiß sie zurzeit nicht, wohin mit ihren Anlagegeldern.

Meistens waren und sind es die Linken und die Mitte-Parteien, die sich gegen mehr Wettbewerb stellen. Mal mit Referenden, dann mit Initiativen, am erfolgreichsten jedoch im Parlament selber. Geht es um die Post, gesellen sich aber auch bürgerliche Politiker aus den

Schalter reduzieren will, wurden in Bern mehrere Ständesinitiativen und Vorstöße eingereicht, die ein Moratorium für den Abbau von Postfilialen fordern oder der betroffenen Bevölkerung mehr Mitsprache einräumen wollen.

Dabei ist schon heute klar: Die Post muss das Land flächendeckend mit ihren Dienstleistungen versorgen. Im Gesetz steht, dass jede Person, egal wo sie wohnt, eine Poststelle oder Agentur mit dem öffentlichen Verkehr oder zu Fuß in 20 Minuten erreichen können muss; bis zum nächsten Schalter, an dem man Geld einzahlen kann, darf die Fahrt zehn Minuten länger dauern. Ein so dichtes Netz kennt kaum ein anderes europäisches Land, und es kostet die Post jährlich 200 Millionen Franken.

Entsprechend gehässig reagierte Postministerin Doris Leuthard diesen Herbst im Ständerat, als dieser schon wieder mit ihren Dienststellen diskutieren wollte: »Ich habe Sie in diesem Saal schon mehrfach gefragt: Wer von Ihnen war diese Woche schon auf der Post? [...] Es ist nicht so, dass der Staat dafür verantwortlich ist, die Rundumversorgung in jeder Gemeinde sicherzustellen. Es gibt ein Bedürfnis, und es gibt einen Markt.«

Doch die CVP-Politikerin weiß, ganz auf die Marktargumente zu vertrauen, das wäre fahrlässig. Also tat sie, was sie immer tut, wenn sie politischen Widerstand spürt: Sie setzt eine Arbeitsgruppe ein. Chef-Pöstler, Volkswirtschaftsdirektoren und Gewerble, Vertreter aus den Städten, Gemeinden und dem Berggebiet sollen untereinander ausmachen, wie die Post künftig zu den Leuten kommt. Und damit sie erfahren, was die Bevölkerung tatsächlich will, hat der Bund eine Umfrage in Auftrag gegeben – sie wird in diesen Wochen veröffentlicht.

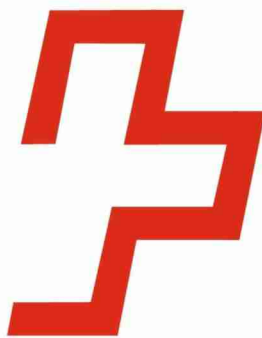
Die Frage, was eine staatliche Post im 21. Jahrhundert leisten soll, werden aber weder diese Runden Tische noch das kollektive Pulsföhlchen beantworten. Dafür braucht es mehr: eine große Auslegung, die keine Rücksicht auf gewachsene politische Privilegien nimmt – und neue Ideen.

Zum Beispiel in der boomenden Paket-Logistik. Die zahlreichen Kurierdienste verstopfen in den Städten die Straßen und fahren gleichzeitig halb leer in die Randgebiete. Und wer gerade nicht zu Hause ist, wenn das im Online-Shop bestellte Winter-Outfit geliefert wird, kann das Paket nicht an einer zentralen Stelle abholen, sondern an der Tankstelle, in der Apotheke – oder in der Post. Je nachdem, mit welcher Firma die Schachtel versandt wurde. Doch als die FDP-Nationalrätin Daniela Schneeberger in einer Interpellation forderte, die Poststellen auch für private Päckeldienste zu öffnen, beschied ihr der Bundesrat, er halte das nicht für nötig, es bestehe kein »monopolistischer Engpass«. Auch im Department Leuthard will man lieber, dass alles so bleibt, wie es mal war.

Übrigens: Der Gemeinderat in Chur wollte dann doch nichts von einer Umbenennung des Postplatzes wissen. Sie war ihm zu teuer.

Ein dichtes Netz,
sattete Gewinne –
und doch steht die Post
vor einer unsicheren
Zukunft. Es fehlt der
Mut zu neuen Reformen

VON MATTHIAS DAUM



lament, herrscht in der ganzen Schweiz nach wie vor das Gefühl, die Post, das sind wir. Die Liberalisierung in den neunziger Jahren geschah auf Druck von außen. Sie war, wie so vieles in diesem Jahrzehnt, eine Reaktion auf das, was damals in Europa geschah: die Entstehung eines riesigen Binnenmarkts. Die Schweiz vollzog, was ihr Brüssel und die EU-Länder vormachten, sie wollte, sie konnte nicht abseitsstehen – auch nicht beim Fernmelde- und Postwesen.

Doch wie die Europapolitik der Schweiz zwar einen Weg kennt, den bilateralen, aber nie definierte, wohin der Weg führen soll, verschaffte sie ihren Unternehmen mehr unternehmerische Freiheiten, ließ aber offen, was genau sie mit diesen erreichen sollen.

Das Land, die Politik, die Bürger hatten denn auch schnell genug von weiteren Liberalisierungen. Die genossenschaftliche Tradition siegte über die freie Marktwirtschaft. Die Schweiz hat, anders als die EU, den Personenverkehr auf der Schiene nie dem Wettbewerb geöffnet; die SBB sind bis heute im Fernverkehr konkurrenzlos. Die Swisscom gehört nach wie vor mehrheitlich der Eidgenossenschaft; in allen ihren Nachbarländern ist der Staat längst nur noch Minderheitsaktionär sei-

Randregionen zu den Marktскеptikern. Sie alle fürchten, mit einer freieren Post würden der Service schlechter, das Angebot kleiner und die Konditionen für Kunden wie Angestellte schlechter.

Gleichzeitig ging und geht es in der Post-Diskussion immer um Ideologie, um mehr versus weniger Staat. In den neoliberalen nuller Jahren kamen die Reform-Euphoriker mit ihren radikalen Anliegen zwar kaum durch; zu ihnen gehörte auch der damalige Avenir-Suisse-Chef Thomas Held – siehe Interview auf der gegenüberliegenden Seite. Was sie mit ihrem forschen Auftritt aber erreichten: Die politischen Gegner schlossen die Reihen.

Der Streit um den Service Public wurde zur großen Retro-Debatte. Anstatt sich darum zu kümmern, wie die Post künftig ihr Logistikgeschäft finanzieren soll, also mitzudenken, was die Digitalisierung für das Unternehmen und seine Besitzerin, die Eidgenossenschaft, bedeuten könnte, versuchen die Parlamentarier eine Post zu retten, die niemand mehr in dieser Form braucht – und die niemand finanzieren will. Das zeigen die Umsatzzahlen und die Kundenfrequenzen.

Seit der Post vor einem Jahr bekannt gab, dass sie bis 2020 ihr Netz auf 800 bis 900